

Nr. 295 | 21.06.2022

Polen-Analysen

Deutsch-polnische Beziehungen nach dem Regierungswechsel in Berlin

■ ANALYSE	
Ins kalte Wasser: Deutschland und Polen ein halbes Jahr nach den Bundestagswahlen	2
Peter Oliver Loew, Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt	
■ KOMMENTAR	
Olaf Scholz' Kanzlerschaft und die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen	8
Piotr Andrzejewski, West Institut, Posen	
■ UMFragen	
Einstellungen der deutschen und polnischen Bevölkerung zu den deutsch-polnischen Beziehungen	9
■ STATISTIK	
Der deutsche Osthandel, Januar bis April 2022 und 2021 im Vergleich	12
■ CHRONIK	
07. – 20. Juni 2022	13

Ins kalte Wasser: Deutschland und Polen ein halbes Jahr nach den Bundestagswahlen

Peter Oliver Loew, Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

DOI: 10.31205/PA.295.01

Zusammenfassung

Der Regierungswechsel in Deutschland im Herbst 2021 hat, wie jeder Wandel nach einer Periode längerer Stabilität, Fragen über mögliche Veränderungen auch in den deutsch-polnischen Beziehungen aufgeworfen. Insbesondere die polnische Seite machte sich hierüber Gedanken, obwohl Experten die Erwartungen schon gleich dämpften: Sie sagten voraus, dass es in der deutschen Politik keine große Revolution und keine neue Strategie geben würde, sondern eher eine Schwerpunktverlagerung. Ein halbes Jahr nach dem Regierungsantritt der Ampel-Koalition unter Bundeskanzler Olaf Scholz kann man sagen, dass nicht die neue Bundesregierung, sondern die völlig durcheinandergewirbelte internationale Situation die deutsch-polnischen Beziehungen massiv verändert hat. Was sich im Vergleich zu den letzten Jahren nicht verändert hat, ist, dass diese Beziehungen in erster Linie vom Handeln der polnischen Regierung beeinflusst werden, während sich die deutsche Regierung Polen gegenüber defensiv verhält.

Lähmung und Zähmung. Von den Wahlen bis zum Krieg

Eigentlich schienen die Rollen klar verteilt zu sein: Nach den Wahlen in Polen 2015, als die der seit langem regierenden CDU eng verbundene Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) abgewählt wurde und die deutschland- und europaskeptische Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) an die Macht kam, isolierte sich Polens Regierung in Europa zunehmend. Sie musste sich nicht nur gegen den Vorwurf wehren, durch den Umbau der Justiz oder die Beeinflussung der Medienlandschaft die Rechtsstaatlichkeit massiv zu verletzen, sondern geriet zum Beispiel auch wegen der Beschneidung von Frauen- und Minderheitenrechten oder der Misshandlung von Geflüchteten an der polnisch-belarussischen Grenze in die Kritik. Schließlich schien nur Viktor Orbáns Ungarn Polen noch zur Seite zu stehen. Polens Regierung versuchte der Isolierung zu begegnen, indem sie sich für den Aufbau einer nationalkonservativen europäischen Bewegung einsetzte: Noch Anfang Dezember 2021 hatte die *PiS* führende rechte Politiker nach Warschau eingeladen. Marine Le Pen, Viktor Orbán, Santiago Abascal, Vertreter aus Österreich, Finnland, Belgien, Rumänien, Estland und Litauen gaben sich ein Stelldichein und erklärten, sie wollten das Europa der Nationalstaaten stärken. In den Kommentaren der *PiS*-hörigen Medien klang das mit den Worten des *TVP Info*-Redakteurs Michał Rachoń so: »Das war ein Treffen von Parteien aus Europa, die den Vorschlag nicht akzeptieren, die Staaten in einen mit Hilfe der EU geschaffenen deutschen Superstaat zu integrieren.« Ende Januar 2022 wiederholte sich das Treffen in Madrid. Dass viele der eingeladenen Parteien Russland und Wladimir Putin nahe stan-

den, schien die führenden *PiS*- und Regierungspolitiker Jarosław Kaczyński und Mateusz Morawiecki zumindest nach außen hin nicht zu stören. Die europaskeptische und deutschlandkritische Aussage dürfte ihnen für den innenpolitischen Gebrauch wie auch für außenpolitisches Handeln damals noch wichtiger gewesen sein.

In dieser Zeit befand sich die deutsche Politik in einer Phase des Umbruchs: Der Bundestagswahlkampf, die Niederlage von CDU/CSU, die anschließenden Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung lähmten Deutschlands Politik für Monate bis Ende 2021. Das Thema Polen, wie auch andere außenpolitische Aspekte, hatten im Wahlkampf keine Rolle gespielt. In der von den drei neuen Regierungsparteien SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen unterzeichneten Koalitionsvereinbarung tauchte das Wort »Polen« gerade zweimal auf. Einmal ging es dabei um die Erinnerungskultur, nämlich um die Unterstützung »für einen Erinnerungs- und Begegnungsort im Gedenken an die Opfer der Besetzung Polens und die wechselvolle deutsch-polnische Geschichte«. Dieser vom Bundestag im Herbst 2020 beschlossene Ort soll Wissen und Empathie über Polen generieren und damit die aufgrund der schwierigen gemeinsamen Geschichte immer wieder entstehenden politischen Spannungen zwischen beiden Staaten lindern.

Die zweite Erwähnung Polens im Koalitionsvertrag folgte unter der Überschrift »Europäische Partner«: »Deutschland und Polen verbindet eine tiefe Freundschaft. Wir stärken hier die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure (...). Wir verbessern die Zusammenarbeit in Grenzräumen (...).« Auffällig war, wie die zivilgesellschaftliche und grenznahe Kooperation betont wurde, während eine qualitative Verbesserung der politischen Kontakte keinen Eingang in das Papier fand.

Bei der polnischen Regierungspartei stieß jedoch der Abschnitt über die deutschen Pläne zur Entwicklung der Europäischen Union auf weitaus größeres Interesse. Unter dem Titel »Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt« erkannten die polnischen regierungsnahen Journalisten und Experten Pläne für eine deutsche Vorherrschaft in einem föderalen Europa und die Durchsetzung deutscher Standpunkte bei der Gestaltung der Zukunft der Gemeinschaft. Das war das Gegenteil dessen, was sich die Partei Recht und Gerechtigkeit wünschte, und so erklärte der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński kurzerhand, Deutschland wolle ein »Viertes Reich« errichten. Dies war auch einer der Gründe für die von der *PiS* mitorganisierten Treffen rechter Parteien: Man wollte die Monate der politischen Lähmung in Berlin dazu nutzen, eine Drohkulisse aufzubauen und Deutschlands politische Eliten mit markigen Wortmeldungen vorsorglich schon einmal zu zählen.

Was auf polnischer Seite weiterhin als Herausforderung für die künftigen Beziehungen gesehen wurde, war die ambitionierte Klimapolitik der neuen Bundesregierung, die mit den polnischen Plänen einer weiteren Fokussierung auf Kohle und Investitionen in die Kernkraft im Widerspruch standen. Auch die Fortsetzung des Nord Stream 2-Projekts durch Deutschland wurde – nicht nur von der Regierung, sondern von allen seriösen politischen Kräften Polens – massiv kritisiert und als trennendes Element unterstrichen. Man erwartete außerdem, dass die Grünen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit eine härtere Linie durchsetzen würden, bis hin zu Forderungen an die EU, konkrete Strafmaßnahmen einzuleiten. Wie sich die künftige Russlandpolitik gestalten würde, schien offen zu sein, da ein Teil der SPD-Politiker immer noch vor Konfrontationen mit Russland zurückscheute, während die Grünen Moskau gegenüber deutlich kritischere Töne anschlugen.

Klar war jedenfalls, dass ein Generationenwechsel in der deutschen Politik anstand: Die erhebliche Verjüngung des Bundestags und der Regierung würde dazu führen, dass Entscheidungen von Menschen getroffen werden würden, die weit weniger vom alten, historisch geprägten Denken über das Vorgehen Deutschlands gegenüber Polen und den anderen Staaten Europas beeinflusst waren. Es stellte sich gerade in Polen auch die Frage, inwieweit sie sich der historischen Verantwortung noch verbunden fühlten, Polen zu unterstützen, oder ob sie sich nicht viel stärker von wirtschaftlichen Interessen und einer pragmatischen Bewertung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses leiten lassen würden.

Das alles deutete darauf hin, dass in den deutsch-polnischen Beziehungen zwar neue Akzente und Herausforderungen anstehen würden, aber kein großer Umbruch. So empfanden das auch die Menschen in Deutschland und Polen. Zwei Tage vor dem Überfall Russlands auf

die Ukraine meinten 45 Prozent der Deutschen und 40 Prozent der Polen bei der Befragung im Rahmen des Deutsch-Polnischen Barometers 2022, dass es aufgrund des Regierungswechsels in Deutschland in den bilateralen Beziehungen keine große Veränderung zum Besseren oder zum Schlechteren geben werde. Der russische Angriff auf die Ukraine sollte die Situation dann aber weitgehend verändern.

Die neue deutsche Regierung hatte keine Gelegenheit, ihre Politik gegenüber Polen vor Kriegsbeginn auszuarbeiten. Olaf Scholz' Antrittsbesuch in Warschau am 12. Dezember 2021 verlief relativ unspektakulär, Themen waren die Situation an der Grenze zu Belarus, die russische Drohkulisse gegenüber der Ukraine (Scholz forderte eine Wiederaufnahme des Normandie-Formats), die Auseinandersetzungen zwischen Polen und der EU und die unterschiedlichen Vorstellungen über Rechtsstaatlichkeit. Auch die historische Verantwortung Deutschlands kam zur Sprache, wobei Scholz zwar Reparationen kategorisch ablehnte, aber auch sagte, Deutschland stelle sich der moralischen Verantwortung für das, was Deutsche im Zweiten Weltkrieg in anderen Staaten angerichtet hätten. Über dieses erinnerungskulturelle Mantra der deutschen Politik sollte in den folgenden Monaten noch ausgiebig diskutiert werden.

Zwei Tage zuvor war bereits Außenministerin Anna-Lena Baerbock zum Antrittsbesuch in Warschau gewesen. Im Gespräch mit dem polnischen Außenminister Zbigniew Rau entstand der – weithin kommentierte – Eindruck, als wolle der ältere Kollege die junge, unerfahrene Deutsche herablassend belehren. Er präsentierte ihr einen ganzen Katalog polnischer Forderungen, vor allem hinsichtlich »Rekompensation und Wiedergutmachung« von Kriegsschäden.

Kriege und Siege. Die Beziehungen seit dem 24. Februar 2022

Russlands Überfall auf die Ukraine kam für viele Beobachter überraschend. Polen wie Deutschland waren gleichermaßen geschockt. Die polnische Reaktion war entschlossen und klar: »Wir lassen euch nicht allein«, rief Ministerpräsident Morawiecki am 24. Februar im Sejm. »Wir stehen an eurer Seite!« Auch Bundeskanzler Scholz äußerte sich am Tag des Kriegsbeginns auf der Bundespressekonferenz unmissverständlich: »In diesen schweren Stunden gilt der Ukraine, gilt ihr und ihren Bürgerinnen und Bürgern unsere volle Solidarität.« Und er ergänzte an die Adresse der »NATO-Verbündeten in Osteuropa, in Polen, in Rumänien, im Baltikum (...): Wir verstehen eure Sorgen im Angesicht dieser Entwicklung nur zu gut. Wir werden euch zur Seite stehen. Deutschland steht zur Beistandspflicht der NATO.«

Zu diesem Zeitpunkt stand Deutschland bereits massiv in der Kritik. Gerade aus Polen wurde der Bundes-

regierung vorgeworfen, die russische Gefahr nicht ernst genommen zu haben und durch Projekte wie Nord Stream 2 Russland geradezu zum Krieg ermuntert zu haben. In Polen wie auch in Deutschland hatten diese Vorwürfe auch innenpolitische Komponenten. In Polen wurden sie von den *PiS*-Medien dazu genutzt, gleich auch noch die eigene Opposition anzugreifen, da Donald Tusk (*PO*) als Ministerpräsident mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel gemeinsame Sache gemacht habe und deshalb mit schuld sei am Krieg. Und in Deutschland warf die in die Opposition gewechselte CDU/CSU der Ampel-Regierung Tatenlosigkeit, Zögerlichkeit und mangelnde Vorbereitung auf die Krise vor. Dabei blieb häufig außer Acht, dass unter der *PiS*-Regierung seit 2015 die Energieabhängigkeit Polens von Russland gar nicht gesunken war bzw. dass die CDU jahrelang für die Verteidigungspolitik und damit auch für die schlechte Ausrüstung der Bundeswehr verantwortlich gewesen war.

»Wir erleben eine Zeitenwende« – mit diesen Worten beschrieb Bundeskanzler Scholz bei der Sondersitzung des Deutschen Bundestags am 27. Februar 2022 den Wandel, den der russische Überfall auf die Ukraine in der Weltordnung markiert hat. Zugleich kündigte er damit einen fundamentalen Wandel der deutschen Sicherheits- und Russlandpolitik als Reaktion auf dessen Angriff auf die Ukraine an. Jahrelang waren es genau diese beiden Bereiche – die Beziehungen zu Russland und die Sicherheit –, die in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland Anlass zu Streitigkeiten und gegenseitigen Anschuldigungen gaben. Die Polen haben den Deutschen vorgeworfen, die Verbindungen zu Russland fortwährend zu vertiefen und die Bedrohung seitens Russlands nicht zu verstehen. Die Deutschen hielten die Polen für antirussisch und zu emotional in dieser Sache und haben ihre Argumente nicht wahrgenommen. Der Wandel in der deutschen Haltung – sowohl in der Politik als auch der öffentlichen Meinung – bot Ende Februar 2022 die Chance, dass Warschau und Berlin einander näher kommen würden.

Die unterschiedliche Wahrnehmung Russlands als Land sowie der von ihm ausgehenden Bedrohung resultierte aus für Polen und Deutschland jeweils charakteristischen historischen Erfahrungen und wirtschaftlichen Kontakten. Der Krieg hat dies tendenziell geändert. Im Februar 2022 empfanden Polen und Deutsche, die im Rahmen der Sonderausgabe des »Deutsch-Polnischen Barometers 2022« befragt wurden, Russland eindeutig als Bedrohung in allen Bereichen – politisch, wirtschaftlich und militärisch. Dies wurde von einer großen Mehrheit – drei Viertel der Befragten – in beiden Ländern so angegeben. Auch hielt die Mehrheit der Deutschen und Polen Russland für einen unzuverlässigen Partner, von dem man sich im Energiebereich unabhängig machen sollte.

Diese Annäherung dauerte aber nicht lange. So wie vor dem Ausbruch des Krieges, so wurden auch bald nach Olaf Scholz' Zeitenwende-Rede die Schritte der deutschen Regierung gegenüber der Ukraine in Polen (und nicht nur dort) als zu langsam, zu spät und zu zaghaft wahrgenommen. Für deutsche Beobachter hat sich die deutsche Politik hingegen innerhalb weniger Wochen diametral verändert.

Tatsächlich hat der Krieg in der Ukraine Polen und Deutsche vor ernste Herausforderungen gestellt, die trotz aller bestehenden Meinungsverschiedenheiten und der gerade in Polen teils stark von antideutschen Diskursen geprägten Medienöffentlichkeit eine Erneuerung oder Intensivierung der Kontakte bewirkt haben. Mehrere Treffen auf höchster Ebene kurz vor und in den Wochen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine (Treffen der Außenminister des Weimarer Dreiecks in Lodz (Łódź), Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, Finanzminister Christian Lindner, Wirtschaftsminister Robert Habeck, Verteidigungsministerin Christine Lambrecht und anderer in Warschau, von Ministerpräsident Morawiecki und Außenminister Rau in Berlin) haben gezeigt, dass jenseits unterschiedlicher weltanschaulicher Vorstellungen im Einzelfall eine schnelle und konstruktive Zusammenarbeit möglich ist. Auch die positiven polnischen Äußerungen nach der Ankündigung eines radikalen Wandels in der deutschen Sicherheitspolitik durch Bundeskanzler Scholz deuteten zuerst auf eine neue Qualität im deutsch-polnischen Dialog auf höchster Ebene hin. Aber ein Grundproblem der bilateralen Beziehungen in den letzten Jahren blieb bestehen: Selbst wenn die Treffen unter vier Augen auf höchster Ebene in einer guten Atmosphäre verliefen, hinderte das die polnischen Politikerinnen und Politiker nicht, vor den Mikrofonen der Medien heftige Kritik an Deutschland und Unzufriedenheit zu äußern.

Rückkehr zum »business as usual«

Schnell bestätigten sich die Befürchtungen, dass es zu einer raschen Rückkehr zum »business as usual«, also zu scharfen Angriffen seitens der polnischen Regierungskreise und ihrer medialen Umgebung in Richtung Deutschland kommen würde. Der Unterschied zu den Jahren zuvor besteht darin, dass auch die polnische Opposition Deutschland gegenüber sehr distanziert ist: Sie ist enttäuscht und hat kein Verständnis dafür, dass Deutschland – wie sie es empfindet – zu lange mit Hilfe für die Ukraine zögert und viel zu lange auf einen Dialog mit Russland gesetzt hat. Dazu trägt auch die zaghafte deutsche Kommunikation bei, die es nicht verstanden hat, der polnischen – und europäischen – Öffentlichkeit klar zu machen, wie schwer sich Deutschland vor dem Hintergrund seiner Geschichte und der deshalb tief

verankerten Kultur der Friedenspolitik mit den aktuellen Herausforderungen tut, wie viel sich aber in den wenigen Wochen seit Kriegsbeginn schon verändert hat.

Die neue deutsche Regierung wurde aber auch geradezu ins kalte Wasser geworfen. Sie hatte nur wenig Zeit, sich innen- wie außenpolitisch zu profilieren, geschweige denn vor Kriegsbeginn schon eine Politik gegenüber Polen auszuarbeiten. Zudem hat sie derzeit keine echte Vorstellung von der Politik gegenüber Polen, aber auch keine konkrete einheitliche Strategie angesichts des Kriegs.

Im Gegensatz dazu konnte sich Polen nach Russlands Überfall auf die Ukraine rasch mit einer zumindest allem Anschein nach konsequenten Politik international profilieren – Unterstützung des bedrohten Nachbarstaates. Die polnischen Probleme sind damit zwar nicht verschwunden, aber sie sind in den Hintergrund getreten, und die Erfolge Polens bei der Unterstützung der Ukraine lassen es derzeit oft unangebracht erscheinen, Polen wegen seiner Probleme anzugehen.

Auf polnischer Seite herrscht ein Gefühl der Schadenfreude, wenn man in den Stellungnahmen einer wachsenden Zahl von deutschen (und anderen internationalen) Journalisten, Experten und Politikern hört, dass Polen und andere Staaten des östlichen Europas jahrelang Recht hatten und man auf die Stimme eines Landes hätte hören sollen, das die Besonderheiten Russlands besser kennt. Die Enttäuschung über Deutschland ist über alle Parteigrenzen hinweg spürbar, jedoch bestehen große Unterschiede. Während für die Opposition Deutschland nach wie vor Polens wichtigster Partner in Europa bleibt, sprechen Regierungsvertreter ohne Zurückhaltung davon, wie naiv die Deutschen und wie klug die Polen seien. Insofern empfindet man die derzeitige Lage als einen symbolischen, moralischen Sieg über Deutschland.

Dies zeigt sich deutlich in den Programmen der öffentlich-rechtlichen (oder besser: regierungsnahen) Medien, die Deutschland regelmäßig Fehler und Versäumnisse vorwerfen und gleichzeitig auf enge Kontakte zwischen der polnischen Opposition und deutschen Entscheidungsträgern hinweisen. So wird Donald Tusk nicht mehr nur als prodeutsch dargestellt, sondern gar als Verräter, der sich in seiner Regierungszeit mit Putin habe verständigen wollen und der als enger Verbündeter von Angela Merkel über deren »Beschwichtigungspolitik« gegenüber Russland geradezu an Russlands Angriff mit schuld sei. Vor diesem Hintergrund ist die Deutschland gegenüber normalerweise offene und konstruktive Opposition nun auch vorsichtiger, was Kontakte mit deutschen Partnern betrifft, da sie nicht ein weiteres Ziel für die Propaganda der Regierungsmedien liefern will. Das alles muss man im Kontext des schon anlaufenden Wahlkampfes sehen (die Parlaments-

wahlen sollen regulär im Herbst 2023 stattfinden). Die *PiS*-Regierung mobilisiert so eigene Stammwähler, die sehr empfänglich für antideutsche Stimmungen sind. Unterstützt wird sie von zahlreichen angeblichen Expertinnen und Experten, die ohne vertiefte Deutschland- und Deutschkenntnisse meinen, die deutsche Position bestens kommentieren zu können. Sehr rasch hat sich auch die Einschätzung der Person von Angela Merkel verändert: Galt sie lange Jahre selbst bei der *PiS* als Glücksfall für die bilateralen Beziehungen, da sie mit ihrer ostdeutschen Sozialisierung den Osten Europas besser verstehe als viele andere Politiker (obwohl ihr aus dem *PiS*-Milieu genauso oft auch unbegründet vorgeworfen wurde, dem SED-Staat und seinen Organisationen treu gedient zu haben), so hat ihr langes Festhalten an Gesprächen mit Russland und an Nord Stream 2 ihr in den letzten Monaten massiven Schaden zugefügt: Sie gilt heute parteiübergreifend als einer der Faktoren, der Putin zu seinem brutalen Angriff auf die Ukraine ermutigt habe. Ihre jüngste Äußerung, dass sie sich in ihrer Politik gegenüber Russland und der Ukraine nichts vorzuwerfen habe, stieß in Polen auf größtes Unverständnis, und zwar parteiübergreifend.

Bilateraler Dialog dank der Ukraine

Parallel zu der deutschlandkritischen Rhetorik im polnischen Regierungslager war in Deutschland eine plötzliche Verbesserung des in den letzten Jahren angeschlagenen Images Polens festzustellen. Die Offenheit, mit der Polinnen und Polen ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, hat in den deutschen Medien und in Alltagsgesprächen eine Welle positiver Kommentare ausgelöst. Viele Deutsche wundern sich oft, warum eine Gesellschaft, die als fremdenfeindlich verschrien war, weil sie 2015 der Aufnahme von Flüchtlingen so ablehnend gegenüberstand, plötzlich mit viel Engagement humanitäre Hilfe leistet. Bei näherer Betrachtung versteht man das aber recht schnell, denn die tief sitzende polnische Angst vor Russland, die kulturelle Nähe, die zahlreichen Kontakte zu bereits in Polen lebenden Ukrainern erklären das Verhalten Polens gut.

Es gab tatsächlich eine Reihe von Beispielen für eine gelungene deutsch-polnische Zusammenarbeit, für gemeinsame Initiativen auf der Grundlage gewachsenen Vertrauens. Vor allem die existierenden Formate der deutsch-polnischen Zusammenarbeit wie Städtepartnerschaften oder Partnerschaften von NGOs haben sich als effektiv und nützlich erwiesen. Aus bestehenden sozialen Kontakten sind oft Projekte zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge entstanden.

Der Krieg in der Ukraine hat ein verbindendes Element geliefert und Städte und Gemeinden aus beiden Ländern zu gemeinsamen Aktionen mobilisiert. Diese sind sehr unterschiedlich. Einige deutsche Städte haben

ihren polnischen Partnern, die ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, finanzielle Unterstützung gewährt. Andere reagierten – im Zusammenwirken mit der lokalen Zivilgesellschaft – auf den spezifischen Bedarf, indem sie Lastwagen mit Hilfsgütern schickten, die der polnische Partner für die bereits untergebrachten ukrainischen Ankömmlinge benötigte. In anderen Fällen fungierte eine polnische Stadt als Umschlagplatz und brachte Transporte aus Deutschland zusammen mit Hilfsgütern aus Polen in eine Partnerstadt in der Ukraine. Deutsche Kommunalbeamte informierten sich über ihre polnischen Kollegen darüber, was in der Ukraine gebraucht wurde. Die Kontakte zwischen den Verwaltungen waren entscheidend für den raschen Beginn der Hilfsmaßnahmen.

Diese konkreten Solidaritätsaktionen von Polen und Deutschen sind sicherlich die besten Bausteine für ein Gemeinschaftsgefühl und eine deutsch-polnische Partnerschaft. Unabhängig davon, wann der Krieg in der Ukraine endet, werden die Gemeinden und Städte dort noch lange auf die Unterstützung der EU-Länder angewiesen sein. Die weitere Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Gebietskörperschaften in diesem Bereich kann daher eine gemeinsame Aufgabe und eine Idee für die Intensivierung von Partnerschaften und sogar für die Schaffung neuer Partnerschaften sein. Der Ansatz der deutschen Seite, die Polen nach ihren eigenen Bedürfnissen und denen der Ukrainer zu fragen, ist auch hier entscheidend. Abgesehen von der Möglichkeit, auf spezifische Nachfragen einzugehen, wird dadurch eine wichtige Beziehungsebene geschaffen – eine Partnerschaft, bei der die deutsche Seite auf die Kompetenz und das Wissen der polnischen Seite vertraut und beide zusammen einen gemeinsamen Plan umsetzen.

Auch die bestehenden formalen Kooperationsstrukturen der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen erwiesen sich als hilfreich in der Krisensituation. Ein Beispiel: Die Kreisau-Stiftung für europäische Verständigung, die seit fast dreißig Jahren als Begegnungsstätte für Jugendliche aus dem deutsch-polnischen Miteinander nicht mehr wegzudenken ist, hat rund 70 Flüchtlinge aufgenommen. Mit Unterstützung der Kreisau-Initiative und der Freya von Moltke-Stiftung in Deutschland sind Tausende Euro Spenden aus Deutschland für Kreisau zur Unterstützung der Ukrainer zusammengekommen.

Auch das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) reagierte schnell. Deutsche und polnische Partner können Personen aus ihren Partnerorganisationen in der Ukraine zu einem individuellen Aufenthalt in Deutschland oder Polen einladen. Das DPJW gewährt einen Zuschuss und erstattet einen Teil der Reisekosten.

Ausblick: Gefahren, Paradoxien und Leerstellen der Zusammenarbeit

Die Annäherung der Meinungen über die Rolle Russlands als Rohstofflieferant und in der Sicherheitsordnung sowie die erfolgreichen deutsch-polnischen Projekte vor allem im kommunalen und zivilgesellschaftlichen Bereich stehen im Widerspruch zu der erwähnten aggressiven antideutschen Rhetorik von Teilen der polnischen Politik. In beiden Fällen lässt sich feststellen, dass die Entwicklungen Wirkung zeigen. Einerseits wachsen mehrere Generationen von Deutschen und Polen mit dem Bewusstsein auf, wie viel wir gemeinsam haben und wie viel Gutes wir gemeinsam tun können. Auf der anderen Seite verbreiten sich antideutsche Parolen und werden von den aktuellen polnischen Machthabern noch forciert (die damit wiederum auch in anderen europäischen Ländern deutschlandskeptische Diskurse unterstützen). Das erwähnte zu langsame oder nur partielle Handeln Deutschlands bestärkt die Kritiker und beflügelt diejenigen, die es sich zum Prinzip gemacht haben, Deutschland anzugreifen.

Wir dürfen uns nicht von dieser Rhetorik leiten lassen, wenn wir die deutsch-polnischen Beziehungen weiterentwickeln und sie auf konkrete Ergebnisse ausrichten wollen. Dies kann durch die Weiterentwicklung der geschilderten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten erreicht werden. Dabei handelt es sich um eine Herausforderung für beide Seiten. Es ist wichtig, dass sich die Menschen in Polen von der negativen Atmosphäre nicht entmutigen lassen, sondern weiterhin wertvolle Projekte durchführen. Gleichzeitig sollten Polen ihren deutschen Freunden und Kollegen mutig sagen, wenn sie deren Verhalten in polnischen Augen für fragwürdig halten. Wichtig ist, die Deutschen auf der Grundlage des aufgebauten Vertrauens für die polnische Sichtweise zu sensibilisieren. Die Deutschen sollten wiederum akzeptieren, dass Argumente aus Polen oft richtig sind oder zumindest bedacht werden sollten. Es lohnt sich, polnische Expertise zur Kenntnis zu nehmen und auch auf das politische Gespür und kulturell-historische Wissen der Polen zu vertrauen.

Gleichzeitig ist klar, dass wir auch in den kommenden Monaten von kleineren und größeren Meinungsverschiedenheiten begleitet werden. Dies zeigt sich bereits beim Thema Ukraine: Nicht nur die Möglichkeiten zur Lieferung von schweren Waffen und die Herangehensweise an ein mögliches Ende des Konflikts sind unterschiedlich. Auch die Frage, ob der Ukraine der Status eines EU-Beitrittskandidaten zuerkannt werden soll, wurde zuerst nicht auf die gleiche Weise gesehen. Für die Polen geht es um ein Symbol und ein klares Signal an die Ukraine, dass sie zum europäischen Wertesystem gehört und der Gemeinschaft beitreten kann, wenn sie die notwendigen Kriterien erfüllt. Die Gewährung des Kandidatenstatus in naher Zukunft würde nach Ansicht

Polens diese Tatsache bestätigen. Es sah danach aus, dass Berlin zunächst der Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron positiv gegenüberstand, der die Schaffung eines zweiten Integrationskreises postulierte und die Mitgliedschaft auf längere Zeit verschieben wollte. Die Erklärung von Bundeskanzler Scholz während seiner Ukraine-Reise am 16. Juni 2022, dass das Land den Kandidatenstatus bekommen soll, wurde in Polen positiv aufgenommen. Eine abschließende Entscheidung des Europäischen Rates steht noch aus.

Weitere potenzielle Probleme liegen im Bereich Energieversorgung. Auch wenn die seit Jahren umstrittene Abhängigkeit von Russland in diesem Bereich nicht mehr das Thema ist, bleiben die unterschiedlichen Pläne bezüglich der Zukunft der Kernkraft und Investitionen in den erneuerbaren Energien ein weiteres trennendes Feld. Während die Zustimmung zur Kernkraft in Polen relativ groß ist – zwischen 40 und 60 Prozent der Befragten sprechen sich für den Bau von Atomkraftwerken aus und auch die meisten politischen Parteien sind eher dafür –, ist in Deutschland selbst der Weiterbetrieb der bestehenden Atommeiler nicht durchsetzbar.

Außerdem wird das Thema Rechtsstaatlichkeit die deutsch-polnischen Beziehungen weiter prägen, selbst wenn die deutsche Seite es derzeit angesichts der vielen akuten Probleme kaum anspricht, sondern vielmehr der EU-Kommission überlässt. Und *last but not least* klaffen im Bereich der Europapolitik tiefe Gräben an der deutsch-polnischen Grenze. Im Zeichen des Kriegs in der Ukraine und des Kampfes der Ukraine um ihre nationale Souveränität scheint die *PiS*-geführte Regierung eine Chance zu sehen, ein »Europa möglichst souveräner Vaterländer« durchzusetzen. Auch traditionell rechte bzw. konservative Werte scheinen durch den Krieg unterstützt zu werden, was für weiteres Selbstbewusstsein in einer Auseinandersetzung mit dem als »linksliberal« verschrienen Brüssel sorgt. Die deutschen Vorstellungen stehen hierzu im Gegensatz, und Olaf Scholz unterstützt klar Emmanuel Macrons Position von einer verstärkten europäischen Integration.

In dieser Hinsicht interessant und paradox erscheint die Faszination, welche die beiden grünen Spitzenpolitiker Annalena Baerbock und Robert Habeck auf die polnischen Rechten ausüben. Ihre unmissverständlichen Aussagen zu Russland und zur Notwendigkeit von Waffenlieferungen an die Ukraine erfreuen die polnischen Ohren, auch im *PiS*-Lager. Sie gelten als Ostmitteleuropaversteher. Dabei repräsentieren gerade diese beiden eine Partei, die sich gegen Kernkraft, für liberale Demokratie, für eine vertiefte EU-Integration und

für eine liberale Werteordnung inklusive breiter Minderheitenrechte einsetzt.

Personelle Fragen sind auch auf polnischer Seite von Belang. Der Krieg in der Ukraine hat zu einer neuen internationalen Position Polens als Waffentransferland und als Aufnahmeland für die größte Zahl von Flüchtlingen geführt. Präsident Andrzej Duda ist besonders aktiv, aber auch Mateusz Morawiecki erweist sich als dynamischer Akteur, wobei die Kompetenzverteilung zwischen beiden nicht ganz klar ist, Duda zwar symbolische Akzente setzt, die Regierungspolitik aber letztlich von den Weisheiten und Ratschlüssen des großen Vorsitzenden Jarosław Kaczyński abhängig ist.

Trotz der inhaltlichen Nähe einiger polnischer und deutscher Regierungspolitiker ist aber bislang vor dem Hintergrund des Kriegs noch kein deutsch-polnisches Tandem entstanden, beide Länder haben noch keine neuen gemeinsamen Positionen entwickelt. Jenseits aller unterschiedlichen Auffassungen wäre zum Beispiel jetzt der Zeitpunkt gekommen, gemeinsame Rüstungsprojekte anzukündigen, sei es bilateral, sei es in anderen europäischen Konstellationen. Auch andere Initiativen könnten Wissen kumulieren und Misstrauen abbauen – zum Beispiel die Gründung eines deutsch-polnischen Zentrums zur Erforschung Osteuropas. Für derlei Projekte benötigt man aber Vertrauen und charismatische Politikerpersönlichkeiten, die bereit sind, sich über innenpolitische Hindernisse hinwegzusetzen. Angesichts der massiv polarisierten politischen Landschaft in Polen wäre, um solchen Projekten eine gewisse Nachhaltigkeit zu verleihen, auch ein überparteilicher Konsens wünschenswert.

Auf deutscher Seite hingegen mangelt es an Politikern, die sich in Polen auskennen und sich für den Ausbau der deutsch-polnischen Beziehungen engagieren. Vor diesem Hintergrund ist die Ernennung des SPD-Politikers Dietmar Nietan zum Koordinator für die deutsch-polnischen Beziehungen positiv zu bewerten. Nietan, der sich seit Jahren unermüdlich auf verschiedenen Ebenen für eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen einsetzt, genießt in Polen in allen Kreisen hohes Ansehen und Vertrauen, was die Tür zu einer guten Zusammenarbeit öffnet. Allerdings gibt es immer noch nicht genügend andere Bundestagsabgeordnete, die sich aktiv am deutsch-polnischen Dialog beteiligen. Doch gerade heute brauchen wir sie. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die sowohl den Mut zur großen Geste haben als auch den Mut, gemeinsam Schritt für Schritt weiter an unserer komplexen und spannenden Nachbarschaft zu arbeiten.

Über die Autoren

Prof. Dr. Peter Oliver Loew ist Direktor, Dr. Agnieszka Łada-Konefał stellvertretende Direktorin des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt.

KOMMENTAR

Olaf Scholz' Kanzlerschaft und die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen

Piotr Andrzejewski, West Institut, Posen

Als im vergangenen Jahr der 30. Jahrestag des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit begangen wurde, fanden in Polen eine Reihe von Veranstaltungen und Diskussionen statt, in denen die letzten drei Jahrzehnte der bilateralen Zusammenarbeit bilanziert wurden. Obgleich man einige Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen kritisch beurteilte oder Veränderungen erwartete, wurde praktisch auf jeder Konferenz und jedem Podium eines unterstrichen: Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen sind ein Erfolg. Die Zusammenarbeit trug deutlich zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes beider Staaten sowie zur Reduzierung der Entwicklungsunterschiede bei. Dank steigender Umsätze im Warenaustausch veränderte sich auch die Rolle Polens, das zu einem der Hauptpartner Deutschlands sowohl im Import als auch Export wurde. Ungeachtet dieser positiven Trends charakterisiert die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten immer noch eine Asymmetrie der Potentiale. Doch es steht zu erwarten, dass in den nächsten Jahren der Trend zum Abbau der Asymmetrie anhalten wird.

30 Jahre Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen führten auch dazu, dass sich die Wirtschaft beider Länder strukturell angleich. Viele aktuelle Herausforderungen betreffen – wenn auch nicht in demselben Maße – sowohl Polen als auch Deutschland. Zu nennen wären die alternde Gesellschaft, der Fachkräftemangel, der zurückgehende Anteil an den globalen Wertschöpfungsketten oder der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit zugunsten außereuropäischer Akteure. Das eröffnet einen Raum zur strategischen Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Im letzten Jahrzehnt hat sich der deutsch-polnische Handelsumsatz verdoppelt und erreichte 123 Milliarden Euro. Polen belegte damit Platz 5 der wichtigsten Wirtschaftspartner Deutschlands und ließ u. a. das Vereinigte Königreich und Italien hinter sich. Das Polnische Wirtschaftsinstitut (*Polski Instytut Ekonomiczny – PIE*) sowie das West Institut (*Instytut Zachodni – IZ*) veröffentlichten Statistiken zum Handelsaustausch zwischen Deutschland und der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), die zeigen, dass er größer ist als der Handel zwischen Deutschland und China oder Deutschlands mit Frankreich und Italien. Gleichzeitig stellt Piotr Arak, Direktor des *PIE*, fest, dass sich der polnische und der deutsche Konjunkturzyklus zunehmend auseinanderentwickeln, was ein Beleg für die größer werdende Selbständigkeit der polnischen Wirtschaft im Verhältnis zu Deutschland sei.

Hervorzuheben ist der Tenor in den Debatten zum 30-jährigen Jubiläum, und zwar dass die Wirtschaftsbeziehungen gewissermaßen neben der Welt der Politik aufgebaut wurden und unabhängig davon waren, ob die Beziehungen als gut oder kühl bewertet wurden. **Das heißt, dass eine Veränderung auf dem Posten des Bundeskanzlers aus Sicht der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von nicht so großer Bedeutung ist und dass die Märkte eine fortschreitende Vertiefung der Kooperation erwarten, insbesondere nach der COVID-19-Pandemie und mit Blick auf Bemühungen, Lieferketten nach Europa zu verlegen.**

Was die polnische Seite an der Regierungskoalition aus SPD, FDP und Grünen besonders interessierte, ist die Tatsache, dass diese den fiskalischen Gürtel lockern wird. In den polnischen Medien wurde viel über das Regierungsprojekt des Klima- und Transformationsfonds geschrieben, der Gelder für Investitionen in Klimaschutz und Maßnahmen zur Transformation der deutschen Wirtschaft bereitstellt, wobei diese nicht auf die Staatsverschuldung angerechnet werden sollen. Aufmerksam verfolgt wurde auch die Haltung Berlins im Zusammenhang mit der Auszahlung von EU-Mitteln und dem Konflikt um die Rechtsstaatlichkeit in Polen.

Eine sprunghafte Verschlechterung der Bewertung von Bundeskanzler Olaf Scholz in Polen erfolgte im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine Ende Februar 2022. Insbesondere wurde das deutsche Zögern gegenüber entschiedener Hilfe für den überfallenen Staat kritisiert. Auf der Suche nach Ursachen für die Haltung Deutschlands haben polnische Kommentatoren wie Marcin Kędzierski die berühmte Aussage über Preußen, das eine »Armee, die einen Staat besitzt« gewesen sein soll, abgewandelt. Das gegenwärtige Deutschland sei eine »Wirtschaft, die einen Staat besitzt«. Aus polnischer Sicht ist für die fehlende deutsche Aktivität der zu große politische Einfluss der deutschen Konzerne und des deutschen Handels verantwortlich. Eindeutig prorussisch, zögen sie Russland den Staaten Mittel- und Osteuropas vor, lautet die Einschätzung. Ein großes Echo in Polen rief in diesem Zusammenhang ein Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden von BASF, Martin Brudermüller, hervor, wonach sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf billige Energiequellen aus Russland gründe. Solche Aussagen bestätigten die in Polen dominierende negative Meinung, dass deutsche Wirtschaft und Politiker zu sehr von Russland abhängen.

Trotz der in Polen zunehmenden negativen Urteile wurde die Tätigkeit von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck wahrgenommen, der intensiv daran arbeitet, die deutsche Energieabhängigkeit von Russland aufzuheben. Eine sehr wichtige Rolle spielt die potentielle Zusammenarbeit zwischen dem Hafen in Danzig (Gdańsk) und der Raffinerie in Schwedt bei Öllieferungen und -ankäufen. Nicht gerade wenig Verwunderung ruft jedoch in Polen die Entscheidung hervor, in Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie weiter voranzutreiben, trotz der Probleme im Energiesektor, die der russische Angriff auf die Ukraine nach sich zieht.

Insgesamt lässt sich erwarten, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland auch in Zukunft weiterentwickeln und intensivieren werden. Neue Handlungsfelder für Zusammenarbeit ergeben sich im Zusammenhang mit der Verkürzung

der Lieferketten und der sich am Horizont abzeichnenden wirtschaftlichen Rivalität mit China. Allerdings kann man nicht zur Tagesordnung übergehen angesichts der fehlenden Reaktion Deutschlands auf den russischen Angriff auf die Ukraine. In Polen wird dies sehr kritisch gesehen. So wird der Krieg an der EU-Außengrenze einerseits eine Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten beiderseits der Oder, insbesondere im Energiesektor, bewirken, andererseits kann er auch zu einem Vertrauensverlust in strategischen Bereichen wie etwa Fragen der Verteidigung führen. Dies kann beispielsweise bedeuten, dass die polnische Regierung vielleicht lieber Waffen und schweres militärisches Gerät einkauft, das nicht aus deutschen Lieferungen stammt.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

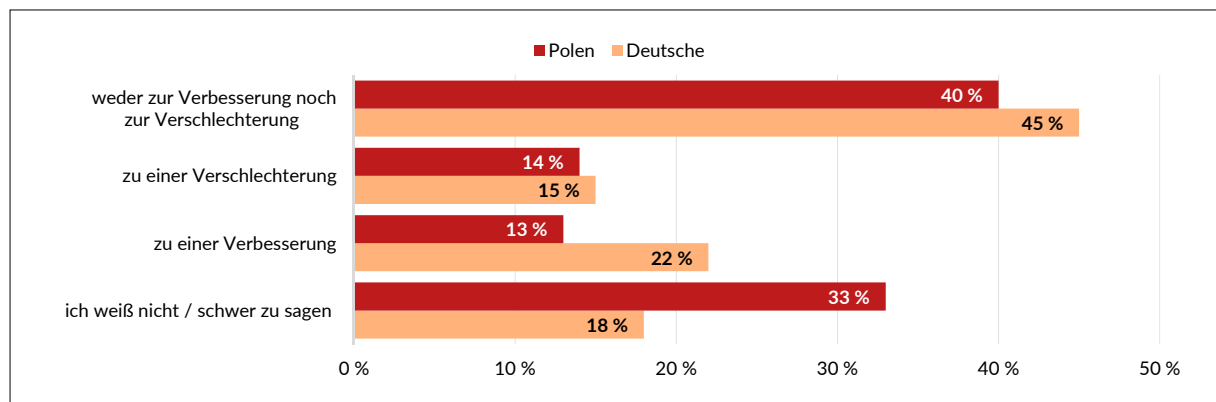
Über den Autor

Dr. *Piotr Andrzejewski* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am West Institut (Instytut Zachodni) in Posen (Poznań) sowie am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk – PAN). Sein Forschungsgebiet ist die Politik der deutschsprachigen Länder, insbesondere Deutschlands und Österreichs.

UMFRAGEN

Einstellungen der deutschen und polnischen Bevölkerung zu den deutsch-polnischen Beziehungen

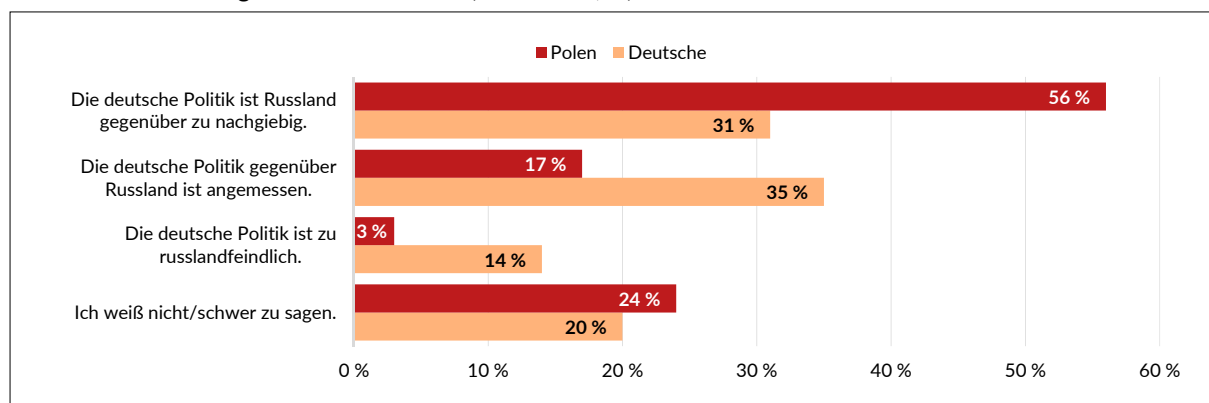
Grafik 1: Wird der Regierungswechsel in Deutschland eher zu einer Verbesserung oder zu einer Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen führen? (Umfrage am 22. Februar 2022)



Daten aus dem »Deutsch-Polnischen Barometer 2022«. Das »Deutsch-Polnische Barometer« ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen von Deutschen und Polen über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert. Es wird durchgeführt vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) in Warschau in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.

Das Deutsch-Polnische Barometer 2022 wird am 29. Juni 2022 veröffentlicht unter: <https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/deutsch-polnisches-barometer/>

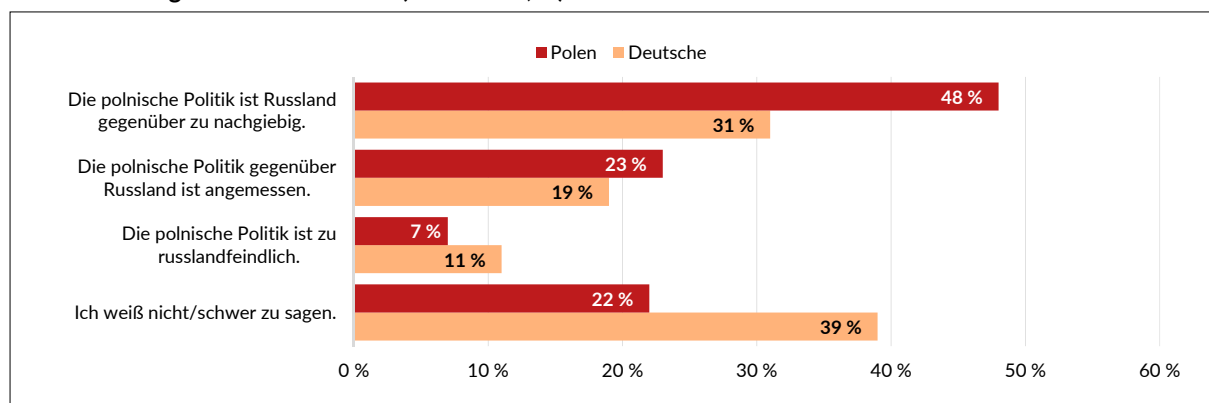
Grafik 2: Wie beurteilen Sie die Politik der deutschen Bundesregierung gegenüber Russland nach dem russischen Angriff auf die Ukraine? (März 2022, %)



Daten aus dem »Deutsch-Polnischen Barometer 2022«. Das »Deutsch-Polnische Barometer« ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen von Deutschen und Polen über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert. Es wird durchgeführt vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) in Warschau in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.

Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada-Konefał, Agnieszka: Mit einer Stimme. Deutsche und Polen über den russischen Angriff auf die Ukraine. Deutsch-Polnisches Barometer 2022. Sonderausgabe. Deutsches Polen-Institut/Institut für Öffentliche Angelegenheiten Darmstadt/Warschau März 2022. <https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/deutsch-polnisches-barometer/> (abgerufen am 15.06.2022).

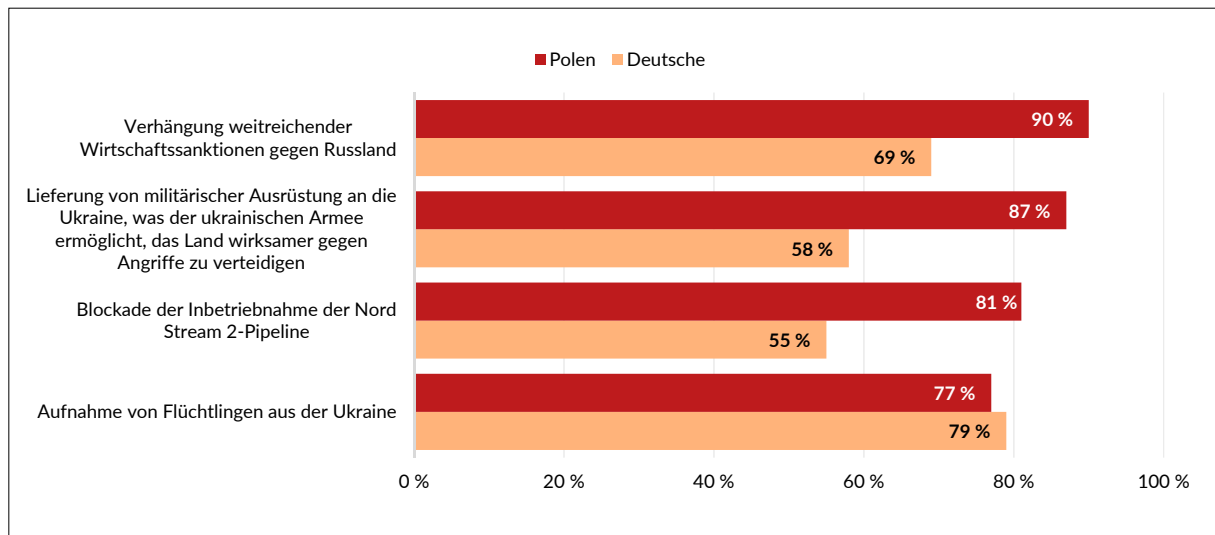
Grafik 3: Wie beurteilen Sie die Politik der polnischen Regierung gegenüber Russland nach dem russischen Angriff auf die Ukraine? (März 2022, %)



Daten aus dem »Deutsch-Polnischen Barometer 2022«. Das »Deutsch-Polnische Barometer« ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen von Deutschen und Polen über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert. Es wird durchgeführt vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) in Warschau in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.

Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada-Konefał, Agnieszka: Mit einer Stimme. Deutsche und Polen über den russischen Angriff auf die Ukraine. Deutsch-Polnisches Barometer 2022. Sonderausgabe. Deutsches Polen-Institut/Institut für Öffentliche Angelegenheiten Darmstadt/Warschau März 2022. <https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/deutsch-polnisches-barometer/> (abgerufen am 15.06.2022).

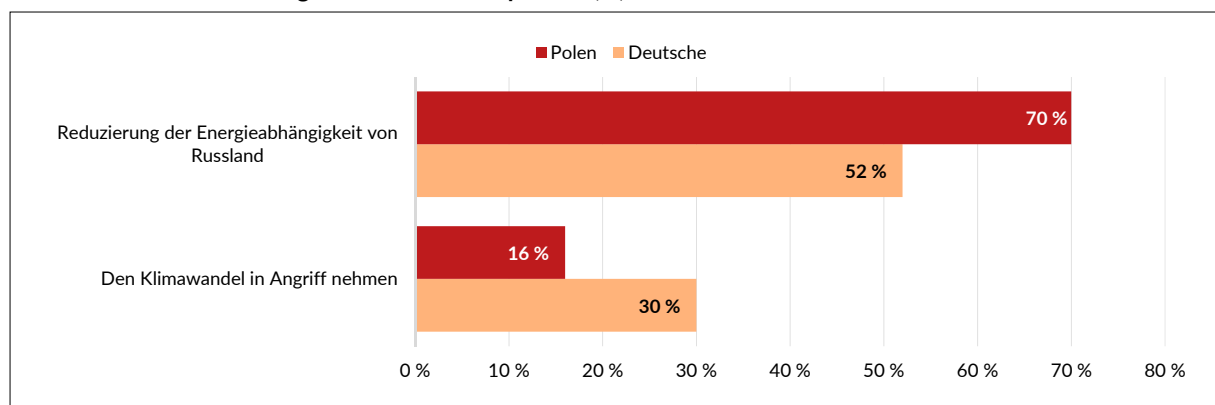
Grafik 4: Als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine haben die deutsche und die polnische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Bitte geben Sie an, ob Sie die folgenden Entscheidungen und Maßnahmen unterstützen oder nicht. Positive Antworten (März 2022, %)



Daten aus dem »Deutsch-Polnischen Barometer 2022«. Das »Deutsch-Polnische Barometer« ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen von Deutschen und Polen über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert. Es wird durchgeführt vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) in Warschau in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.

Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada-Konefał, Agnieszka: Mit einer Stimme. Deutsche und Polen über den russischen Angriff auf die Ukraine. Deutsch-Polnisches Barometer 2022. Sonderausgabe. Deutsches Polen-Institut/Institut für Öffentliche Angelegenheiten Darmstadt/Warschau März 2022. <https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/deutsch-polnisches-barometer/> (abgerufen am 15.06.2022).

Grafik 5: Was ist wichtiger für die Europäische Union: Reduzierung der Energieabhängigkeit von Russland oder Einhaltung der Ziel der Klimapolitik? (%)

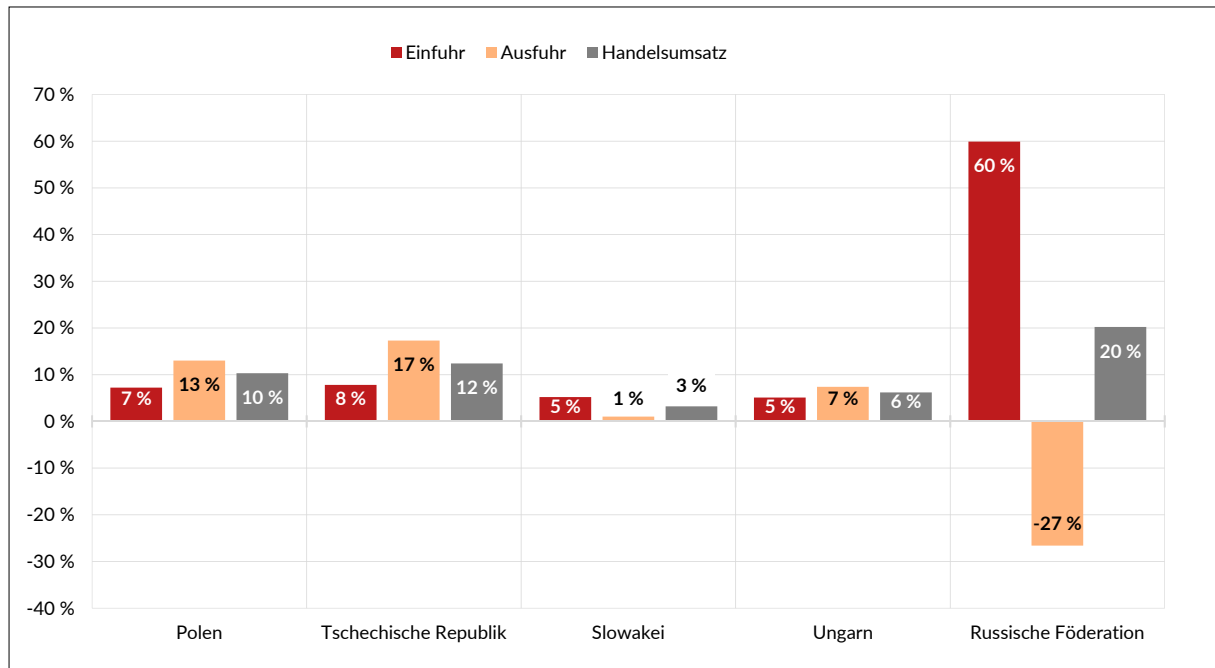


Umfrage in Polen: 29. April bis 5. Mai 2022; Umfrage in Deutschland: 28. April bis 5. Mai 2022.

Quelle: Krastev, Ivan; Leonard, Mark: Peace versus Justice: The coming European split over the war in Ukraine. European Council on Foreign Relations: June 2022. <https://ecfr.eu/publication/peace-versus-justice-the-coming-european-split-over-the-war-in-ukraine/> (abgerufen am 15.06.2022).

Der deutsche Osthandel, Januar bis April 2022 und 2021 im Vergleich

Grafik 1: Deutscher Osthandel, Januar bis April 2022 und 2021 (Länder der Visegrád-Gruppe und Russische Föderation) – Änderung in % gegenüber Vorjahreszeitraum



Quelle: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Deutscher%20Osthandel%20Jan-Apr%202022.pdf (abgerufen am 15.06.2022).

Tabelle 1: Deutscher Osthandel, Januar bis April 2022 und 2021 (Länder der Visegrád-Gruppe und Russische Föderation)

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Mrd. Euro		Import nach Deutschland in Mrd. Euro		Export aus Deutschland in Mrd. Euro		Änderung in % gegenüber Vorjahreszeitraum		
	01-04/2022	01-04/2021	01-04/2022	01-04/2021	01-04/2022	01-04/2021	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Polen	52,01	47,16	23,71	22,11	28,30	25,05	7,2	13,0	10,3
Tschechische Republik	35,70	31,76	17,90	16,60	17,79	15,16	7,8	17,3	12,4
Slowakei	11,55	11,19	6,21	5,90	5,34	5,29	5,2	1,0	3,2
Ungarn	20,49	19,29	10,52	10,00	9,98	9,28	5,1	7,4	6,2
Russische Föderation	21,98	18,28	15,83	9,90	6,15	8,38	59,9	-26,6	20,2

Quelle: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Deutscher%20Osthandel%20Jan-Apr%202022.pdf (abgerufen am 15.06.2022).

CHRONIK

07. – 20. Juni 2022

07.06.2022	Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, sagt vor dem Hintergrund des Importstopps für Kohle aus Russland, der infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine verhängt wurde, dass alle zugänglichen Lieferungen von in Polen geförderter Kohle auf den Markt gebracht werden, um die private Nachfrage zu decken. Zudem soll der Kohleabbau erhöht werden. Um den in letzter Zeit auftretenden Preisspekulationen entgegen zu treten, werde aktuell eine gesetzliche Lösung erarbeitet. Deren Ziel sei es, Händler, die Kohle dem privaten Endabnehmer zu einem »akzeptablen Preis« anbieten, Ausgleichszahlungen zu machen.
08.06.2022	Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, sagt in einer Sejmdebatte, angesichts der Preisspekulationen auf Kohle erarbeite der Kohlekonzern Polska Grupa Górnicza (PGG) zurzeit Franchiseverträge mit Kohlezwischenhändlern. Die Verträge sollen den Verkaufspreis für Kohle, der in den Verkaufsstellen der PGG gilt, garantieren.
08.06.2022	In einem Fernsehinterview des Senders TVP Info sagt die Ministerin für Klima und Umwelt, Anna Moskwa, aktuell würden viele Zwischenhändler in Polen russische Kohle aus alten Beständen zu überhöhten Preisen anbieten. Sie ruft die Verbraucher dazu auf, nicht in Panik zu verfallen und nicht die überteuerte Kohle zu kaufen. Sie erinnert an die Möglichkeit, einen Zuschuss in Höhe von max. 1.400 Zloty für den Kauf von Kohle zu beantragen. Hintergrund ist die Sorge vor Kohleknappheit, ausgelöst durch den Importstopp für Kohle aus Russland, der seit dem 16. April gilt.
09.06.2022	Innenminister Mariusz Kamiński teilt auf Twitter mit, dass das seit 1. Dezember 2021 geltende befristete Aufenthaltsverbot in 183 Ortschaften des Grenzgebietes zu Belarus am 30. Juni endet. Anschließend sollen die Woiwoden der Woiwodschaften Podlachien (województwo podlaskie) und Lublin (woj. lubelskie) ein Aufenthaltsverbot in einem 200 Meter breiten Streifen diesseits der polnischen Grenze zu Belarus verhängen. Laut offiziellem Zeitplan soll bis zum 30. Juni der Bau des polnischen Grenzzaunes an der Grenze zu Belarus fertig gebaut sein. Zurzeit sind ca. 130 der 186 Kilometer langen Barriere fertig gestellt.
10.06.2022	Präsident Andrzej Duda sagt auf der Pressekonferenz nach dem Treffen der Bukarester Neun in Bukarest (Rumänien), die Bukarester Neun sprächen sich für eine deutlich größere Anzahl von NATO-Soldaten an der NATO-Ostflanke aus. Dafür solle die NATO-Beistandsinitiative zu Ausbildungs- und Übungszwecken »Enhanced Forward Presence« in eine »Enhanced Forward Defense« umgewandelt und die Bataillone (bis ca. 1.000 Soldaten) auf Brigadestärke (ca. 3.000 Soldaten) aufgestockt werden. Das Treffen der Bukarester Neun diene der Vorbereitung einer gemeinsamen Position für den NATO-Gipfel Ende Juni in Madrid.
13.06.2022	Nach Angaben des Verteidigungsministeriums werden die Ausgaben bis Jahresende 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Sie werden aus dem Staatshaushalt sowie aus dem Fonds zur Unterstützung der Streitkräfte bezahlt. Gemäß dem unlängst verabschiedeten Gesetz zur Verteidigung des Vaterlandes sollen die Verteidigungsausgaben ab 2023 auf 3 % des BIP steigen.
14.06.2022	Vor dem Treffen mit seinen EU-Amtskollegen in Brüssel sagt Gesundheitsminister Adam Niedzielski, Polen fordere von der Europäischen Kommission die Kostenerstattung für die medizinische Behandlung von Flüchtlingen aus der Ukraine. Schätzungen zufolge würden sich die Kosten bis Ende des Jahres auf ca. 8 Mrd. Zloty belaufen. Die von der Europäischen Kommission bisher in Aussicht gestellten Mittel in Höhe von ca. 700 Mio. Zloty würden nicht annähernd die Kosten decken.
14.06.2022	In einem offenen Brief anlässlich des »Pride Month«, den die LGBTQI+-Bewegung im Juni begeht, bringen die internationalen Unterzeichner ihre Unterstützung für die Bewegung in Polen zum Ausdruck und rufen zur Verteidigung ihrer Rechte sowie zum Schutz vor physischer Gewalt und Hasssprache auf. Anerkennung wird der Bewegung auch für ihren Einsatz bei der Hilfe für ukrainische Geflüchtete im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gezollt. Zu den 46 Unterzeichnern gehören Botschafter und diplomatische Vertreter von EU-Mitgliedsländern, der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, des UNHCR, der USA, Kanadas, Großbritanniens, der Ukraine und weiterer Staaten. Der Botschafter der USA in Polen, Mark Brzezinski, hat den offenen Brief dieses Jahr initiiert; im vergangenen Jahr hatte dies die Botschaft Dänemarks übernommen.
15.06.2022	Nach neuesten Angaben von Eurostat stieg die Industrieproduktion in Polen im April 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 15,8 %. Polen befindet sich damit hinter Litauen, Dänemark und Bulgarien auf Platz 4 der EU-Mitgliedsstaaten. Gegenüber März 2022 betrug der Anstieg der Produktion von Investitionsgütern in Polen 0,2 %.

16.06.2022	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte spricht dem Richter Waldemar Żurek eine Entschädigungszahlung in Höhe von 25.000 Euro zu. Das Gericht begründet sein Urteil damit, dass die polnische Regierung gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, insbesondere das Recht auf einen fairen Gerichtsprozess und das Recht auf Meinungsfreiheit, verstoßen habe. Żurek wurde 2010 und erneut 2014 in den Landesjustizrat (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) gewählt, wo er auch das Amt des Sprechers ausübte. Er äußerte sich wiederholt kritisch über die Justizreform, die unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) durchgeführt wurde. 2018 wurde er vorzeitig seines Amtes enthoben sowie auch seines Amtes als Sprecher des Kreisgerichtes in Krakau (Kraków), des Weiteren wurden gegen Żurek zahlreiche Disziplinarverfahren eröffnet.
18.06.2022	Vizeaußenminister Marcin Przydacz ruft die EU in einem Interview in der Wochenzeitung Welt am Sonntag dazu auf, angesichts des andauernden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ein siebtes Sanktionspaket gegenüber Russland zu schnüren. Es soll ein Technologieexportverbot nach Russland beinhalten und solche Technologien betreffen, die sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken eingesetzt werden können. Außerdem fordert Przydacz ein energischeres Handeln gegenüber russischen Banken sowie russischen Propaganda- und Desinformationskanälen.
20.06.2022	Regierungssprecher Michał Dworczyk bestätigt die Ankündigung des ukrainischen Verteidigungsministers Oleksij Resnikow am Vortag, dass in Warschau zerstörte gepanzerte Fahrzeuge der russischen Armee ausgestellt werden sollen. Sie stammen aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Ausstellung soll unter dem Titel »Unbesiegbare Armee« Ende Juni auf dem Schlossplatz sowie evtl. in weiteren Städten Polens gezeigt werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>